

### INHALT

44. *Zulässigkeit ortspolizeilicher Verordnungen zur Regelung von Verhaltensregeln im Schilaufl*

45. *Informationen zum Thema Klärschlamm*

46. *Altpapiersammlung durch gewerbliche Sammelunternehmen*

*Verbraucherpreisindex für Oktober 2004 (vorläufiges Ergebnis)*

\* \* \* \* \*

Die Gemeindereferentin der Tiroler Landesregierung Landesrätin Dr. Anna Hosp und die Angehörigen der Abteilung Gemeindeangelegenheiten des Amtes der Tiroler Landesregierung wünschen allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Mitgliedern der Gemeinderäte und Gemeindebediensteten sowie allen Leserinnen und Lesern des Merkblattes ein fröhliches, gnadenvolles Weihnachtsfest und ein glückliches, erfolgreiches neues Jahr.



\* \* \* \* \*

## 44.

### Zulässigkeit ortspolizeilicher Verordnungen zur Regelung von Verhaltensregeln im Schilaufl

Zur Frage, ob die Gemeinden in Ausübung ihres Rechtes zur Erlassung ortspolizeilicher Verordnungen gem. Art. 118 Abs. 6 B-VG befugt sind, mit Verordnung das Befahren von Skipisten nach Pistenschluss unter Androhung von Verwaltungsstrafen zu verbieten, um eine sichere Pistenpräparierung zu ermöglichen, hat das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst folgende Stellungnahme abgegeben:

Die Frage, ob die Skilauflpolizei Bestandteil der allgemeinen Sicherheitspolizei im Sinne des Art. 10 Abs. 1 Z 7 B-VG darstellt, oder vielmehr in Gesetzgebung und Vollziehung in die Landeszuständigkeit gem. Art. 15 Abs. 1 B-VG fällt, ist in der Lehre umstritten und durch die Judikatur des Verfassungsgerichtshofes bislang nicht geklärt worden. Für eine Zuordnung zum Begriff der allgemeinen Sicherheitspolizei hat sich ins-

sondere Weiler, Kompetenzprobleme des Skilaufls, ZVR 1966, 85 ff ausgesprochen; anderer Ansicht zeigten sich Öblinger, FS Kolb (1971) 285 sowie zuletzt Pichler/Holzer, Handbuch des österreichischen Skirechts (1987), 144 ff.

Ungeachtet der hier wiedergegebenen Auffassungsunterschiede können ortspolizeiliche Verordnungen gemäß Art. 118 Abs. 6-VG sowohl in Angelegenheiten der örtlichen Sicherheitspolizei als auch der örtlichen Verwaltungspolizei erlassen werden (Weber in Korinek/Holoubek, B-VG, Art. 118/1-7, RdZ 34), wobei die Bezugnahme auf die „örtliche“ Polizei, entnommen Art. 15 Abs. 2 B-VG, ebenso wie die Definition des eigenen Wirkungskreises in Art. 118 Abs. 2 B-VG eine Einschränkung auf Angelegenheiten bedeutet, „die im ausschließlichen oder überwiegenden Interesse der in der Ge-

meinde verkörpert örtlichen Grenzen besorgt werden“. Weiters müssen ortspolizeiliche Verordnungen bezwecken, „das örtliche Gemeinschaftsleben störende Missstände“ abzuwehren oder zu beseitigen (Art. 118 Abs. 6 B-VG).

Hinsichtlich der Frage, ob pistenpolizeiliche Verordnungen, die das Befahren von Skipisten nach Liftschluss unter Verwaltungsstrafe stellen, diese Voraussetzungen erfüllen, sind erhebliche Zweifel anzumelden.

Zu bezweifeln ist bereits das Vorliegen der zweiten zu erfüllenden Voraussetzung, nämlich die Beseitigung eines die örtliche Gemeinschaft störenden Missstandes: Von der Gefahr von Unfällen, bzw. von den Unfällen selbst ist typischerweise aufgrund der geringen Zahl Beteiligter und der Tatsache, dass die Vorfälle im Regelfall in großer Entfernung anderer Personen stattfinden werden kaum jemals ein größerer Personenkreis betroffen (vgl. dazu Weber, Art. 118/1-7, RdZ 40), so dass keine Störung des Gemeinschaftslebens drohen oder vorliegen wird.

Vor allem aber liegt regelmäßig keine Angelegenheit vor, die im ausschließlichen oder überwiegenden Interesse der in der Gemeinde verkörpert Gemeinschaft (vgl. Art. 15 Abs. 2 und Art. 118 Abs. 2 B-VG) gelegen ist: Der Verfassungsgerichtshof stellt bei der Beurteilung dieser Frage nämlich typischerweise auf territoriale Elemente ab, d. h. auf einen Bezug zum örtlichen Raum (vgl. Weber, Art. 118/1-7, RdZ 8 und die dort zitierte Judikatur). Nun sind Skigebiete in ihrem Umfang heutzutage in den allerwenigsten Fällen auf das Gebiet einer Gemeinde beschränkt, sondern überschreiten regelmäßig Gemeindegrenzen. Diese Überschreitung ist im Übrigen für den die Pisten benützenden Sportler ebenso wenig ersichtlich, wie eine etwaige Änderung der Rechtsfolgen (hierin unterscheidet sich die Situation ganz grundsätzlich etwa vom Bereich der Straßenpoli-

zei, wo eine einheitliche Regelung der Beschilderung – Gebots- und Verbotsschilder – das notwendige Maß an Rechtssicherheit auch bei Überschreiten von Gemeindegrenzen erreichen lässt). Bereits die ältere, herrschende Lehre verneint deshalb für Pistenverordnungen aufgrund des Mangels an Rechtssicherheit generell das Vorliegen eines zumindest überwiegenden örtlichen Interesses an der Regelung: vgl. dazu Weiler, ZVR 1966, 85 (88f), ihm folgend Öhlinger, kompetenzrechtliche Fragen der Sicherheitsmaßnahmen auf Skipisten, in FS Kolb (1971), 248, ebenso Pichler/Holzer, Handbuch des österreichischen Skirechts (1987), 146.

Es ist weder ein Grund erkennbar, warum sich seit damals die faktische und rechtliche Situation verändert hätte – wenn überhaupt, besteht aufgrund der laufenden Erweiterung von Skigebieten die Problematik noch verstärkt – noch, dass sie im spezifischen Fall des Verbots des Befahrens von Pisten nach Liftschluss anders zu beurteilen wäre: Auch hier würde es dem Skifahrer bei Überfahren einer Gemeindegrenze nicht möglich sein, von einem bestehenden (oder nicht bestehenden) Verbot und dessen Modalitäten Kenntnis zu erlangen. Es liegt deshalb keine Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde vor.

Nach Ansicht des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst scheidet aus diesen Gründen eine Regelung als ortspolizeiliche Verordnung gemäß Art. 118 Abs. 6 B-VG aus.

Bundeskanzleramt, Verfassungsdienst  
Zahl BKA-601.902/0001-V/2/2004 vom 7. September 2004

Die Pistenerhalter werden daher im Grunde ihrer Verkehrssicherungspflicht dafür Sorge tragen zu haben, dass aus Gründen der Pistenpräparierung gefährdete Pisten entsprechend abgesichert werden. Das kann insbesondere durch geeignete Seilabsperrungen mit entsprechenden (mehrsprachigen) Hinweistafeln geschehen.

## **Buchhinweis: Kommentar zur Tiroler Gemeindeordnung 2001**

**Der Kommentar zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 von Dr. Gerhard Brandmayr und Dr. Helmut Ludwig ist erschienen.**

**Preis: € 50,-**

**Bestellungen über:**

**Tiroler Gemeindeverband, Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck, Telefon 0512/587130,  
Telefax 0512/587130-14, E-Mail [h.ludwig@gemeindeverband.tirol.gv.at](mailto:h.ludwig@gemeindeverband.tirol.gv.at)**

# 45.

## Hinweis zum Thema Klärschlamm

### I. Einleitung:

**Klärschlämme** sind Rückstände aus der kommunalen Abwasserbehandlung. Der anfangs flüssige Klärschlamm wird noch in der Anlage gepresst und liegt dann in einer festen, klumpigen Form vor.

### II. Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 43/2004:

Entsprechend den Bestimmungen des AWG 2002, BGBl. I Nr. 102/2002, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 43/2004, handelt es sich bei **Klärschlamm** um **Abfall**, der unter Einhaltung, der unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen entweder einem **Verwertungs-** oder einem **Beseitigungsverfahren** zuzuführen ist.

- a) Verwertung: Kompostierung  
Landwirtschaft  
Einsatzmöglichkeiten

- b) Beseitigung: Deponierung

### III. Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz (TAWG), LGBl. Nr. 50/1990, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 43/2003:

Nach den Begriffsbestimmungen des TAWG handelt es sich bei Klärschlämmen um betriebliche Abfälle im Sinne des § 2 Abs. 3 TAWG. Sie sind daher vom Erzeuger zu verwerten oder zu beseitigen.

Im Falle der Beseitigung sind die Klärschlämme grundsätzlich auf die öffentlichen Deponien bzw. öffentlichen Behandlungsanlagen des Bundeslandes Tirol zu führen. Die Standorte dieser öffentlichen Behandlungsanlagen/öffentlichen Deponien sind im Tiroler Abfallwirtschaftskonzept festgelegt (siehe Beilage A).

## GESETZLICHE BESTIMMUNGEN ZUM THEMA KLÄRSCHLAMM

### I. Tiroler Feldschutzgesetz 2000, LGBl. Nr. 56/2002

§ 8 des Feldschutzgesetzes 2000 verbietet die Ausbringung von Klärschlamm und Produkten, die Klärschlamm enthalten.

Klärschlamm im Sinne des Feldschutzgesetzes ist Schlamm der

- a) aus einer Anlage zur mechanisch-biologischen Reinigung kommunaler Abwässer,  
b) aus einer Klärgrube oder einer ähnlichen Anlage zur Behandlung von Abwässern oder

c) aus anderen als den unter lit. a und b genannten Abwasserentsorgungsanlagen, insbesondere aus Anlagen zur Reinigung betrieblicher Abwässer, stammt.

Gemäß § 10 Abs. 3 Feldschutzgesetz 2000, wird das Ausbringen von **Klärschlamm** oder einem Produkt, das **Klärschlamm** enthält, auf einer landwirtschaftlichen Grundfläche, von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 7.000,- Euro bestraft.

Die Verwertung von Klärschlamm und Klärschlammprodukten auf landwirtschaftlichen Flächen ist daher nach den Bestimmungen des Tiroler Feldschutzgesetzes 2000 jedenfalls **unzulässig**.

### II. Düngemittelgesetz 1994, BGBl. Nr. 513/1994 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 110/2002

Gemäß § 5 Abs. 2 Z. 4 Düngemittelgesetz (DMG) verbietet das In-Verkehr-Bringen von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmittel, die unbehandelten oder kommunalen Klärschlamm (Kompost), Komposte – ausgenommen kompostiertes pflanzliches Material aus dem landwirtschaftlichen Bereich sowie Garten- und Grünflächenbereich – Fäkalien sowie gefährliche Abfälle und Problemstoffe im Sinne des AWG 2002 enthalten.

Der Einsatz von kommunalen Klärschlämmen bzw. Klärschlammkomposten als Düngemittel ist daher unzulässig.

### III. Wasserrechtsgesetz 1959 (WRG 1959), BGBl. Nr. 215/1959 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 82/2003

1. § 32 Abs. 2 lit. f WRG 1959 regelt das Aufbringen von zur Düngung ausgebrachten Abfällen. Die zitierte Bestimmung nennt in diesem Zusammenhang ausdrücklich Klärschlamm. Übersteigt diese Ausbringung auf landwirtschaftlichen Nutzflächen ohne Gründeckung 175 kg Reinstickstoff je ha und Jahr, auf landwirtschaftlichen Nutzflächen mit Gründeckung einschließlich Dauergrünland und mit stickstoffzehrenden Fruchtfolgen 210 kg Reinstoff je ha und Jahr, ist jedenfalls eine wasserrechtliche Bewilligung erforderlich.

Auch in diesem Zusammenhang ist auf die Ausführungen im Kapitel I zu verweisen. § 32 Abs. 2 lit. f WRG 1959 ist im Bundesland Tirol nicht anzuwenden, da das Tiroler Feldschutzgesetz die Ausbringung von Klär-

schlamm und Klärschlammprodukten auf landwirtschaftlichen Flächen ausdrücklich verbietet.

2. § 32a Abs. 4 WRG 1959 verbietet ausdrücklich die Einleitung von Klärschlamm in Oberflächengewässer, insbesondere von Schiffen oder durch Leitungssysteme.

**IV. Forstgesetz 1975 (ForstG 1975),  
BGBI. Nr. 440/1975, zuletzt geändert  
durch BGBI. I Nr. 83/2004:**

Gemäß § 1 Abs. 1 Z. 1 bis 3 ForstG 1975 ist Ziel dieses Gesetzes

- die Erhaltung des Waldes und des Waldbodens,
- die Sicherstellung einer Waldbehandlung, dass die Produktionskraft des Bodens erhalten und seine Wirkungen im Sinne des § 6 Abs. 2 ForstG 1975 nachhaltig gesichert bleiben und
- die Sicherstellung einer nachhaltigen Weidewirtschaftung.

Entsprechend der Zielsetzung des § 1 Abs. 2 Zif. 1 ForstG 1975 verbietet § 16 Abs. 1 Forst G jede Waldverwüstung.

Gemäß § 16 Abs. 2 lit. d ForstG 1975 liegt eine Waldverwüstung vor, wenn der Bewuchs offenbar einer flächenhaften Gefährdung, insbesondere durch Wind, Schnee, wildelebende Tiere mit Ausnahme der jagdbaren, unsachgemäße Düngung, Immissionen aller Art ausgesetzt wird oder **Abfall (wie Müll, Gerümpel, Klärschlamm)** abgelagert wird.

Die Ablagerung von Klärschlamm im Wald ist daher jedenfalls unzulässig. Das Verbot des § 16 Abs. 2 lit. d ForstG 1975 gilt nicht für Klärschlamm- und Qualitätsklärschlammkomposte.

**V. Altlastensanierungsgesetz ALSAG,  
BGBI. Nr. 299/1989 zuletzt geändert  
durch BGBI. I Nr. 71/2003**

Klärschlämme sind auch nach der Definition des ALSAG Abfälle. Deren Ablagerung ist – unabhängig von anderen rechtlichen Regelungen – jedenfalls beitragspflichtig nach § 3 ALSAG.

§ 3 Abs. 3 ALSAG nimmt von dieser Beitragspflicht Rekultivierungsschichten von maximal 2 m Dicke für Deponien, für Verfüllungen oder im Rahmen von Geländeangepasstungen aus, wenn die Einhaltung folgender Voraussetzungen nachgewiesen werden kann:

- Die Rekultivierungsschicht wird aus kulturfähiger Erde hergestellt, wobei Hausmüll oder hausmüllähnliche Abfälle (einschließlich Abfälle aus der mechanisch-biologischen Behandlung) nicht als Ausgangsmaterial verwendet werden, **und**

- die Herstellung erfolgt nach detaillierten Plänen eines konkreten Projekts, wobei die relevanten Bodenfunktionen (z. B. Lebensraum-, Filter-, Puffer- und Transformatorfunktion) gewährleistet und die Anforderungen der Anlage 1 zum ALSAG eingehalten werden.

„Kulturfähige Erde“ definiert § 2 Abs. 15 ALSAG. Darunter versteht der Gesetzgeber nicht-kontaminiertes bodenidententes oder bodenähnliches mineral-organisches Material, das in den wesentlichen Merkmalen dem natürlich entstandenem Boden entspricht und relevante Bodenfunktionen (z. B. Lebensraum-, Filter-, Puffer- und Transformatorfunktion) übernehmen kann. Nicht als kulturfähige Erde gelten reine Mischungen von feinkörnigen mineralischen Substraten mit einem Nährstofflieferanten, z. B. Sand mit Klärschlamm. Bei Einsatz von organischen Ausgangsmaterialien sind diese vorher einem Humifizierungsprozess (wie Kompostierung oder Vererdung) zu unterziehen.

Der Ausnahmetatbestand des § 3 Abs. 3 ALSAG ist auf Klärschlamm nur anzuwenden, wenn dieser durch Humifizierungsprozesse zu kulturfähiger Erde wird. Darüber hinaus sind die Vorgaben des § 3 Abs. 3 ALSAG einzuhalten.

Ab 1. Jänner 2006 unterliegen Klärschlämme nicht dem Altlastensanierungsbeitrag, wenn sie in einer Verbrennungs- und Mitverbrennungsanlage im Sinne der Abfallverbrennungsverordnung, BGBI. II Nr. 389/2002, verbrannt oder zur Herstellung von Brennstoffprodukten verwendet werden (vgl. § 1 Abs. 1a Z. 9 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z. 2 und 3 ALSAG in der Fassung BGBI. I Nr. 71/2003).

**VI. Kompostverordnung,  
BGBI. II Nr. 292/2001:**

Die Kompostverordnung regelt die Qualitätsanforderung an Komposte aus Abfällen, die Art und die Herkunft der Ausgangsmaterialien, die Kennzeichnung und das In-Verkehr-Bringen sowie das Ende der Abfalleigenschaft von Komposten als Abfälle (§ 1 Abs. 1 KompostVO). Gemäß § 3 Z. 14 KompostVO werden folgende Anwendungsbereiche für Komposte definiert:

- Landwirtschaft
- Landschaftsbau und Landschaftspflege
- Rekultivierungsschicht auf Deponien
- Erdenherstellung
- Biofilterbau

Die Herstellung von Komposten hat aus den in der Anlage 1 Teil 1 oder Teil 2 genannten Ausgangsmate-

rialien zu erfolgen. Dazu zählen auch kommunale Klärschlämme, die die in Anlage 1 Teil 2 Tabelle 2 genannten Anforderungen erfüllen.

Die Kompostverordnung legt fest, welche Eigenschaften Qualitätsklärschlammkomposte bzw. Klärschlammkomposte aufzuweisen haben und für welche Verwendungszwecke sie herangezogen werden dürfen.

Wer behauptet, Qualitätsklärschlamm und/oder Klärschlammkomposte zu verwenden, hat die entsprechende Deklaration nachzuweisen.

Wie den Ausführungen des Kapitels B) I. zu entnehmen ist, scheidet jedoch die Verwendung von Qualitäts- und/oder Klärschlammkomposten für die Landwirt-

schaft auf landwirtschaftlichen Flächen aufgrund der eindeutigen Bestimmungen des Tiroler Feldschutzgesetzes aus.

Wie bereits im Kapitel IV ausgeführt, gilt das Verbot des § 16 Abs. 2 lit. d ForstG 1975 nicht für Klärschlamm- und Qualitätsklärschlammkomposte.

#### VII. Ökostromgesetz, BGBl. I Nr. 149/2002

Mit diesem Gesetz wird die Anerkennung und Förderung von Anlagen, mit denen elektrische Energie auf Basis erneuerbarer Energieträger erzeugt wird, geregelt. Gemäß den §§ 10 und 11 ist elektrische Energie, die mit Ablauge, Tiermehl oder **Klärschlamm** erzeugt wird, von der Abnahme- und Vergütungspflicht ausgenommen.

### Zusammenfassung:

1. Klärschlämme sind als Abfall im Sinne des § 2 Abs. 1 Z. 1 und 2 AWG 2002 zu qualifizieren. Sie sind zu verwerten oder zu beseitigen.

Nach dem TAWG handelt es sich bei Klärschlämmen um betriebliche Abfälle. Eine Beseitigung dieser Abfälle hat grundsätzlich auf den öffentlichen Behandlungsanlagen/öffentlichen Deponien des Bundeslandes Tirol zu erfolgen.

2. Die Aufbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftlichen Flächen ist im Bundesland Tirol aufgrund des Tiroler Feldschutzgesetzes ausdrücklich verboten. Dies gilt auch für Qualitäts- und Klärschlammkomposte.

Düngemittel im Sinne des Düngemittelgesetzes dürfen keine Klärschlämme und Klärschlammprodukte enthalten.

3. Eine Ausbringung von Klärschlamm im Wald ist gemäß § 16 Abs. 2 lit. d ForstG 1975 ausdrücklich verboten. Dies gilt nicht für Qualitätsklärschlamm- und Klärschlammkomposte.

4. Die Verwendung von Klärschlämmen zur Herstellung von Komposten ist als Verwertung zu qualifizieren. Grundsätzlich sind dabei die Vorgaben der KompostVO einzuhalten. Entsprechend ihrer Qualifikation als Qualitätsklärschlammkompost oder Klärschlamm-

kompost dürfen dies Komposte im Landschaftsbau und in der Landschaftspflege, als Rekultivierungsschicht auf Deponien, zur Erdenherstellung oder zum Biofilterbau eingesetzt werden.

Wer behauptet Klärschlammkomposte oder Qualitätsklärschlammkomposte zu verwenden, hat die entsprechenden Deklarationen nachzuweisen.

5. Die Aufbringung von Klärschlämmen außerhalb von landwirtschaftlichen Flächen und Waldflächen unterliegt immer der Beitragspflicht nach dem ALSAG. Die Befreiung von der Beitragspflicht gilt nur für die Verwendung von kulturfähiger Erde unter den im § 3 Abs. 3 ALSAG genannten Voraussetzungen. Dazu ist es jedoch notwendig, dass der Klärschlamm einem Humifizierungsprozess – also einer Kompostierung – unterzogen wird.

6. Entsprechend der Kompostverordnung hergestellte Qualitätsklärschlamm- und Klärschlammkomposte sind Produkte und keine Abfälle mehr. Sie dürfen im Landschaftsbau und in der Landschaftspflege, als Rekultivierungsschicht auf Deponien, bei der Erdenherstellung beim Biofilterbau eingesetzt werden. Bei der Verwendung als Rekultivierungsschicht auf einer Deponie besteht keine Beitragspflicht nach dem ALSAG.

7. Eine Einbringung von Klärschlamm in Oberflächenwässern ist ausdrücklich verboten.

## Öffentliche Deponien samt Einzugsbereiche im Bundesland Tirol

<b>Deponie/Behandlungsanlage</b>	<b>Einzugsbereich</b>
Deponie Roppen II .....	Bezirke Imst und Landeck, mit Ausnahme der Gemeinde Sölden
Deponie der Gemeinde Sölden .....	Gemeinde Sölden
Deponie Ahrental .....	Bezirke Innsbruck-Land, Innsbruck-Stadt und Schwaz
Deponie Riederberg .....	bestimmte Gemeinde des Bezirkes Kufstein und des Bezirkes Kitzbühel mit Ausnahme der Gemeinden Jochberg, Aurach und Kitzbühel
Deponie Jochberg .....	Gemeinden Jochberg, Aurach und Kitzbühel
Deponie Lavant .....	Bezirk Lienz
Behandlungsanlage der Thöni Industriebetriebe GmbH .....	bestimmte Gemeinde des Bezirkes Kufstein

Abteilung Umweltschutz  
Zahl U-3431a/156 vom 15. November 2004

# 46.

## Altpapiersammlung durch gewerbliche Sammelunternehmen

### 1. Sachverhalt:

Eine Stadtgemeinde hat ein ausgegliedertes Unternehmen mit der kommunalen Abfallsammlung, dem Betrieb der öffentlichen Sammelstellen und dem Betrieb des Recyclinghofes betraut. In die bestehenden Verträge der Stadtgemeinde mit den Firmen APR sowie den Branchenrecyclinggesellschaften ist das ausgegliederte Unternehmen als Einzelrechtsnachfolger eingetreten. Die Firmen EE und ZG sind bis 31. Dezember 2004 als Subunternehmer bei der Durchführung der Altpapiersammlung tätig. Am 1. Jänner 2005 ist beabsichtigt, dass das ausgegliederte Unternehmen die Altpapiersammlung im Stadtgebiet durchführt.

Offensichtlich bieten die Firmen EE und ZG im Stadtgebiet die Altpapiersammlung an. Laut Angebot werden firmeneigene Sammelcontainer aufgestellt, regelmäßig abgeholt und entleert, um die gesammelten Altstoffe einer Verwertung zuzuführen.

### 2. Relevante Gesetzesbestimmungen:

Gemäß § 2 Abs. 4 Z. 1 lit. a und b Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 43/2004, sind „Altstoffe“ Abfälle, welche getrennt von anderen Abfällen gesammelt werden (lit. a), oder Stoffe, die durch eine Behandlung aus Abfällen gewonnen werden (lit. b), um diese Abfälle nachweislich einer zulässigen Verwertung zuzuführen.

Gemäß § 2 Abs. 4 Z. 2 AWG 2002, sind „Siedlungsabfälle“ Abfälle aus privaten Haushalten und andere Abfälle, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung den Abfällen aus privaten Haushalten ähnlich sind; bei der Zuordnung ist das Europäische Abfallverzeichnis zu berücksichtigen.

Gemäß § 2 Abs. 1 Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz (TAWG), LGBl. Nr. 50/1990, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 44/2003, sind Hausmüll alle nicht gefähr-

lichen Siedlungsabfälle im Sinne des § 2 Abs. 4 Z. 2 des AWG 2002.

Gemäß § 2 Abs. 3 TAWG sind betriebliche Abfälle alle dem TAWG unterliegenden Abfälle mit Ausnahme des Hausmülls.

Die Abholung des Hausmülls ist Aufgabe der öffentlichen Müllabfuhr, die wiederum von der jeweiligen Gemeinde einzurichten ist (§ 14 Abs. 1 und Abs. 2 TAWG).

Die ordnungsgemäße Verwertung und Beseitigung von betrieblichen Abfällen ist Aufgabe des jeweiligen Erzeugers (§ 12 TAWG).

Gemäß § 1 Abs. 1 Tiroler Abfallwirtschaftskonzept (TAWK), LGBL. Nr. 1/1993, zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 51/2004, sind Verpackungsabfälle aus Glas, Papier, Metall (Haushaltsschrott) und Kunststoff sowie Verbundstoffe getrennt zu sammeln und in die dafür vorgesehenen Sammel- und Verwertungssysteme einzubringen. Im Übrigen gilt die Verpackungsverordnung 1996, BGBl. Nr. 648/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 440/2001.

Nicht der VerpackungsVO 1996 unterliegende Abfälle aus Glas, Papier und Metall (Haushaltsschrott) sowie kompostierfähige Abfälle sind nach Maßgabe der Bestimmungen des ersten Abschnittes des TAWK zum Zwecke einer stofflichen Verwertung getrennt zu sammeln (§ 1 Abs. 2 TAWK).

Gemäß § 2 Abs. 1 TAWK sind Papierabfälle Abfälle aus Papier, Pappe und Karton, die als Hausmüll anfallen, mit Ausnahme von Papieren, die mit Lackresten, Lebensmittelresten, Fetten, Ölen, Klebstoffen, Lösungsmitteln, Krankheitskeimen, Sekreten undgl. verunreinigt sind. 1

Gemäß § 2 Abs. 3 TAWK haben die Gemeinden entsprechend den örtlichen Verhältnissen und in Abhängigkeit von den anfallenden Mengen für die Sammlung von Papierabfällen zu sorgen und die gesammelten Papierabfälle an befugte Behandler zu übergeben.

Betriebliche Abfälle aus Glas, Papier oder Metall sowie betriebliche kompostierfähige Abfälle sind gemäß § 4 TAWK getrennt zu sammeln und in eine für diese Abfälle geeignete Behandlungs- oder Verwertungsanlage zu verbringen oder verbringen zu lassen.

### 3. Schlussfolgerungen:

Altpapier, das in privaten Haushalten anfällt oder aufgrund seiner Beschaffenheit oder Zusammensetzung Altpapier aus privaten Haushalten ähnlich ist, ist als Siedlungsabfall im Sinne des § 2 Abs. 4 Zif. 2 AWG 2002 zu qualifizieren. Damit zählt diese Altpapier gemäß § 2 Abs. 1 TAWG zum Hausmüll.

Durch die Trennung bzw. die getrennte Sammlung des Altpapiers vom restlichen Hausmüll/Restmüll zwecks nachfolgender Verwertung stellen die Altpapierabfälle auch Altstoffe im Sinne des § 2 Abs. 4 Z. 1 lit. a AWG 2002 dar. Dies ändert jedoch nichts an der ursprünglichen rechtlichen Eigenschaft als Siedlungsabfall im Sinne des § 2 Abs. 4 Z. 2 AWG 2002 und damit Hausmüll im Sinne des § 2 Abs. 1 TAWG. Die Begriffsdefinitionen der Ziffern 1 bis 4 des § 2 Abs. 4 AWG 2002 sind nicht derart gestaltet, dass sie als Abgrenzung von einander zu verstehen sind. Siedlungsabfälle können sowohl gefährlich als auch nicht gefährlich sein (vgl. die Definitionen in den Ziffern 3 und 4 des § 2 Abs. 4 AWG 2002) und in weiterer Folge die Qualifikation als Altstoff im Sinne des § 2 Abs. 4 Z. 1 lit. a und b AWG 2002 annehmen.

Verpackungsabfälle aus Papier sind gemäß § 1 Abs. 1 TAWK getrennt zu sammeln. Im Übrigen gilt die Verpackungsverordnung 1996.

Die sonstigen als Hausmüll zu qualifizierenden Papierabfälle sind von der jeweiligen Gemeinde entsprechend den örtlichen Verhältnissen und in Abhängigkeit von den anfallenden Mengen gemäß § 1 Abs. 3 TAWK sammeln und an befugte Behandler zu übergeben.

Für solche Altpapierabfälle besteht die ausschließliche Zuständigkeit der jeweiligen Gemeinde im Rahmen der gemäß § 14 Abs. 1 und 2 TAWG einzurichtenden Müllabfuhr. Private Unternehmen dürfen solche Abfälle nur übernehmen, wenn sie dazu von der jeweiligen Gemeinde im Sinne des § 14 Abs. 1 TAWG beauftragt worden sind.

Die Zuständigkeit der öffentlichen Müllabfuhr erstreckt sich nicht auf Altpapierabfälle, die als betriebliche Abfälle zu qualifizieren sind. Solche Abfälle dürfen daher von befugten Unternehmen übernommen werden.

**VERBRAUCHERPREISINDEX  
FÜR OKTOBER 2004**  
(vorläufiges Ergebnis)

	September 2004 (endgültig)	Oktober 2004 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	108,5	108,9
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	114,1	114,6
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	149,3	149,8
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	232,1	232,9
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	407,3	408,8
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	519,0	520,9
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	520,6	522,5

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2004 beträgt 108,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für September 2004 (108,5 endgültige Zahl) um 0,4% gestiegen (September 2004 gegenüber August 2004: +0,0%). Gegenüber Oktober 2003 ergibt sich eine Steigerung um 2,6% (September 2004/2003: +2,1%).

**Erscheinungsort Innsbruck  
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Dr. Helmut Praxmarer

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck